

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

224 (24.9.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434527](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-434527)

34. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis des Monats 3.00 Mark, für einen Monat 1.00 Mark. Einzelhefte 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark auswärts. Bestellungen...

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fempfleher Nr. 58. Rüstingen, Freitag, 24. September 1920 * Nr. 224. Redaktion: Delestraße 76, Fempfleher Nr. 1263

Reaktionäre Maulwurfsarbeit.

Von Paul Gué

Die Vorbeeren des Herrn Senning, der unlängst die oldenburgische Staatsregierung im allgemeinen und den Ministerpräsidenten im besonderen in heftigsten Angriffen ergriffen hat und sie der Gesetzesverletzung beschuldigt, weil der Ministerpräsident nach meiner Meinung ganz im Sinne des Gesetzes Anordnungen traf für die Entlassung der Einwohnerrichter. Lassen die Herren der Deutschen Volkspartei in Jever nicht schlafen. Vorbeeren hat Herr Senning, eine in Oldenburg völlig unbekannte politische Größe, nicht eernert. Er hat vielmehr eine wohlverdiente Zurücksetzung erhalten. Ich habe nur im Spott das Wort von den Vorbeeren angewendet. Ich will daher sagen: den volksparteilichen Herren in Jever juckt das Fell. Es muß also gefahrt und gepöbert werden.

Mit einem Sendföhren an den Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Herrn Justizrat Lohse, den Führer der Reaktion in Oldenburg, setzen sie das Verleumdungsverfahren und Anklageverfahren fort. Sie treiben damit Maulwurfsarbeit, um die auf der Unterstützung einer Koalition beruhende Regierung in Mißkredit zu bringen, um die Koalition zu zerbrechen.

In dem Sendföhren wird dem Ministerium wieder der Vorwurf gemacht, es habe in letzter Zeit eine Reihe von Anordnungen und Verfügungen getroffen, die unangelegentlich und im krassen Widerspruch zu der Verfassung stehen. Es wird dann hinsichtlich auf die Verhaftung der Offiziere in Wilhelmshaven, die angebliche Entlassung der Presse durch den Ministerpräsidenten beim Kamp-Bußch, auf das Vorbeeren gegen Oberlehrer in Jever und Rüstingen, den Erlaß wegen Ablieferung der Waffen, die Zwangsabnahme von Vieh, trotzdem mit dem 1. Oktober die Zwangslieferung auslöste und die angeblich dem Reichsdeputiertenaußenaußere. Dann folgt eine überflüssige Inhaltsangabe der angeblich vom Ministerium mit Rücksicht getretenen demokratischen Grundzüge, die Gesetz und Verfassung enthielten, und schließlich ein energischer Appell an den Volkstribun Lohse, mit aller Energie dafür einzutreten, daß die Gesetze von der Regierung geachtet und das gehörige Rechtsempfinden im Volke wieder aufgerichtet werde.

Demagogen, Antivertikalistern und Anter-Demokraten aus dieser Gattung und Angriff geflossen; aber über die Werte in den Vorbeeren Hauptbeeren der Deutschen Volkspartei kennt, der wird sich sofort darüber klar sein, daß es Maulwurfsarbeit ist, wie ich sie oben gekennzeichnet habe. Wer die Herren nicht kennt, der wird sie aber bewerten nach dem Sprichwort: Sage mir, mit wem du umgehst, so will ich dir sagen wer du bist, wenn er heißt, daß das Sendföhren unterdrückt ist von Herrn Tierarzt Schiel.

Herr Tierarzt Schiel ist bekannt als ein konservativ-hörsprechender-antivertikalistischer Politiker und Draufgänger. Wenn er sich zur Deutschen Volkspartei heute bekennt, so tut er es doch wohl nur, um einen größeren Resonanzboden für seine frivole Arbeit gegen die demokratische Regierung des freiherrlichen Oldenburg zu haben.

Wenn nun auch im allgemeinen Dingen kurze Reine haben, so wollen die Herren der politischen Auffassung mandant, und in der heutigen Zeit erst recht, sehr langsam. Darauf sehen Schiel und Genossen, auch ihre Stimmung. So muß man den Anklagen dieser Demagogen doch wieder entgegenhalten, daß die Maßnahmen, die der Ministerpräsident im Kamp-Bußch getroffen, von der Reichsregierung gutgeheißen worden sind. Die Entlassung der Richter im Reichsgericht in Sachen der verhafteten Offiziere richtete sich nicht gegen den Ministerpräsidenten, sondern ist von ihm in die Wege geleitet, propagiert worden. Im Landtage hat Herr Justizrat Lohse, als er dort die gleiche Anklage erhob, abgelehnt. Will Herr Schiel und seine Freunde, daß Herr Lohse sich nochmals eine Abfuhr holt? Doch der Erfolg des Demagogenschiedes sie bezahlt macht? Woher den Demokraten und Sozialdemokraten und Juden, wenn der Kamp-Bußch gelungen und Herr Schiel Vorkämpfer in Oldenburg oder auch nur in Jever geworden wäre! Sie wären nicht so glimpflich behandelt worden, wie der Oberlehrer in Jever bei der Zurückweisung wegen seiner antimilitarischen Geheerden. Doch ein Rüstinger Oberlehrer moen eines gleichen, die Innenverwaltung der politischen Auffassung gemahregelt worden wäre. Ist die heute niemand bekannt. Das zu entdecken, blieb dem in allen demagogischen Klängen wohlwollenden Herrn Schiel vorbehalten.

Wenn der Ministerpräsident durch die Beschlagnahme auf Grund von Gesetzesbestimmungen, die, wie von Herrn Schiel selbst angegeben wird, heute zu Recht bestehen, und noch bis 1. Oktober dafür gefordert hat, daß die Bevölkerung über den Winter hinaus die bisherige Ration Fleisch erhält, so kann er auf die volle Zustimmung aller berechnen, die seinen Vieh- und Fleischwucher getrieben wissen wollen. Herr Schiel ist noch immer der Kavalier der sozialdemokratischen Antivertikalist. Ihn als solchen in seiner selbstverständlichen Gestalt heute wieder festzunehmen, ist eine Pflicht, die von mir erfüllt sei.

Dernburg an die Sozialdemokratie.

In Berlin hielt der Abg. Dr. Dernburg eine sehr bemerkenswerte Rede, in der er u. a. folgende Ausführungen machte: Die Reichsregierung muß die notwendige Kraft und Ausdauer zeigen, die ihr das Vertrauen des Volkes verschafft. Sie läßt diese Kraft und Ausdauer vermissen. Die deutsche Demokratie ist nur sehr schwach, nur durch zwei Minister (Koch und Geiler) im Reichstagen vertreten. Jetzt ist die Reichsregierung nur von der Gnade der Sozialdemokratie, die ihr innerhalb der nächsten 24 Stunden das Leben überlassen kann. Die Deutsche Volkspartei ist mit großem Traur in die Regierung hineingegangen. Damals hieß es: „San roten Seiten macht sich frei, allein die Deutsche Volkspartei.“ Die jetzige Regierung liegt aber an der roten Seite. Die neuen Parteien sind nicht einmal ein Deut besser, wie die früheren Minister. Wir kommen mit der Deutschen Volkspartei nicht über den Berg. Wir stehen vor einem außerordentlich schweren Winter mit vermehrter Arbeitslosigkeit, verminderten Ausgaben und einem Abbruch der Zwangswirtschaft, von dem wir nicht wissen, wozu er führt. Weitere Freischüsse werden nicht mehr bewirkt. Unsere Situation ist außerordentlich schwierig. Aber ist die Situation so schlimm, wie man behauptet? Die Finanzen für 1920 und 1921 sind auf 75 Mark in Deutschland zu setzen? Der Parteivorstand ist unerschrocken. Im Reich haben wir eine Regierung aus Zentrum, Volkspartei und Demokraten, in Preußen eine Regierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, und in Groß-Berlin aus Sozialdemokraten und Unabhängigen. Da ist keine Zusammensturz möglich. Wir sind heute in einer Krise, wir brauchen im Reich eine Regierung unter Mitwirkung der Sozialdemokratie. Die Regierung muß sich auf breite Massen stützen können.

Soweit Dr. Dernburg. Was er über die Arbeit der Deutschen Volkspartei sagt, hat ohne Zweifel seine Richtigkeit. Diese Partei ist keineswegs in der Lage, das berufliche Volk leichter zu führen entgegenzuführen. Im Gegenteil: nur sie ist in der Lage, den Kampf zu gewinnen. Die Einführung an unsere Partei mag zwar gut gemeint sein, indes kann diese ihr nur Folge leisten, wenn ihr entscheidender Einfluß innerhalb der neuen Regierung gesichert wird. Lediglich bürgerliche Politik unter sozialistischem Herrschaft zu machen, kann sich die Sozialdemokratie keineswegs einlassen. Der Reichstag ist zu verlassen. Zweifelslos hat es sich nicht auszuschließen, daß die Folgen der Politik, die sie mit dem Abbruch der Zwangswirtschaft verleiht, der Regierung das Volk noch höher heigen lassen. In solchen Fälle wird unsere Partei es sich doppelt überlegen, ob sie die Wunden der gegenwärtigen Regierung mittragen will. Daraus wird auch Dernburgs Rat nichts ändern können.

Der Dernburgsche Marxismus ist übrigens der Wasser-Schleusen bereits arg in die Knochen gefahren. Es nennt ihn ein Unterfangen von unfreiwilliger Hand und behauptet, daß in der gegenwärtigen Regierung alles in bester Ordnung sei.

Die Berliner Oberbürgermeister-Wahl.

Aus Berlin wird gemeldet: In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden bei der Wahl des Oberbürgermeisters 107 Stimmen für den bisherigen Oberbürgermeister, 50 Stimmen entfielen auf den früheren Oberbürgermeister von Straßburg, Schwander. Die Deutschnationalen waren im Saale nicht anwesend. Während der Verhandlungen kam es zu einem großen Tumult, als der deutschnationalen Stadtvorstand von Senner dem Oberbürgermeister vorwarf, daß er seine persönlichen Interessen in der Stadterhebung habe und es verstanden habe, die Presse in seinem Sinne zu beeinflussen. Die Rufe erhub sich bei diesen Worten wie ein Mann und überdies der Redner. Nur durch das Dazwischentreten anderer Stadtvorwörter wurden weitere Zwischenfälle verhindert.

Der Trikolore-Prozess.

Der Berliner Strafkammer hatte sich der 21jährige Kollegen Geminelli, der am 14. Juli von der französischen Polizei in Berlin die französische Fahne verurtheilt, zu verurteilen. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Die Verteidiger beantragten, den Angeklagten mit einer Geldstrafe davon kommen zu lassen. Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende den Straftäter, der auf 500 Mark Geldstrafe oder für je 10 Mark einen Tag Gefängnis, lautet.

Die bereits in der Republik vom 19. September wiederholte Darstellung zur Entschuldigungsfrage hat in der Angelegenheit völlige Klarheit geschaffen. Aus ihr geht hervor, daß Herr Senning und seine Freunde sich durchaus nicht hätten in Unkosten zu stützen brauchen.

Ich bin so ausführend geworden, um meine Parteigenossen im Oldenburgischen Lande, besonders in Jever, auf die reaktionären Umtriebe des Schiel und Genossen aufmerksam zu machen und abzuwehren. Stellung zu nehmen, die beide Arbeiter ist der Vieh, d. h. die oben gekennzeichnete Maulwurfsarbeit muß bekämpft werden. Schiel und Genossen sind buchstäblich Feinde der Demokratie, aber auch Feinde des demokratischen Sozialismus der sozialdemokratischen Partei.

Millerands Wahl gesichert.

Man meldet aus Paris: In der gestrigen Reichstagswahl entfielen von 813 abgegebenen Stimmen auf Millerand 528, auf Deon Bourgeois 113 und auf den Kammerpräsidenten Wert 167 Stimmen. Die übrigen waren zerstreut oder es waren weiße Stimmzettel abgegeben. Millerand ist damit als alleiniger Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt.

Wendelin Thomas vor seinen Genossen.

Das Augsburger Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas ist zu folgendem Spruch gekommen: „Es konnte nicht festgestellt werden, daß Genosse Wendelin Thomas durch seinen Umgang mit der zu einer späteren Zeit als Sozialist entlassenen Schreiber-Mahlke sich kompromittiert hat. Das Schiedsgericht hat aus diesem einfachen Grunde einstimmig eine Beurteilung abgelehnt.“ Das Schiedsgericht erkennt an, daß Genosse Thomas in Anbetracht der in der Presse eroberten Aufstellungen in einer berechtigten Abwehr gehandelt hat, als er den Artikel in der Nummer des Augsburger Volkswortens vom 21. Juli 1920 veröffentlichte. Es ist jedoch der Ansicht, daß er gegenüber dem Genossen Schreiber zu weit gegangen ist und spricht deshalb mit 5 gegen 7 Stimmen eine Rüge aus.“

Dem Josef Schreiber hatte Thomas, wie wir feinerzeit mitteilten, vorgeworfen, er wäre ein ganz großer Dumpe.

Die dänischen Wahlen.

Die Wahlen zum dänischen Volksting fanden am Dienstag statt. Bisher war die Zusammensetzung folgende: 4 Abgeordnete der Gewerkschaft, 20 Konserervative, 16 Radikale, 42 Sozialdemokraten und 52 Abgeordnete der gemäßigten Linken (Liberalen). Die gemäßigten Linken bildet die Regierung. Der neue Volksting wird 149 Mitglieder zählen. Es sind gewählt: 3 Gewerkschaftler, 27 Konserervative, 18 Radikale, 48 Sozialisten, 51 Abgeordnete der gemäßigten Linken und 1 Schiedsrichter. Auf den Parteien erfolgt die Wahl später.

Der Emir als Kommunist.

Die russische Regierung verlangt einige Familienmitglieder, von denen der erste etwas spezialisiert ammetzt. Er lautet: Telegramm des Emirs von Afghanistan an den Vorsitzenden des Rates der Reichskommissare Genosse Lenin: Mit dem ersten Aufruf der Funktionäre, die mir von Ihnen als Gefolge überlassen wurde und welche für mich von großem Werte ist, bringe ich Ihnen, Genosse Lenin, meine Anerkennung zum Ausdruck. (Unterschrift) „Amo III Khan.“

Der zweite der europäischer Offiziersliste übermittelte Aufruf lautet: „Lob George hat die politischen Verhandlungen abgebrochen. Er darf sich daher nicht belassen, wenn eine große Bewegung gegen Großbritanien in allen ausgebreitet wird.“

Aufgedeckter Millionendiebstahl.

Auf der Wollmanwerk in Berlin wurden vor einiger Zeit ansehnlich Millionen Mark entwendet. Demir wird über die bisher etwas dunkle Geschichte gemeldet: Der schwere Einbruch geschah bei der Pulkanwerk ist jetzt restlos aufgedeckt worden. Der bisher vermisste Mitarbeiter Emil Regis ist inzwischen im Berliner Oberlandesgericht ermittelt worden, wo er sich zur Abklärung einer gegen ihn früher verhängten Gefängnisstrafe gemeldet hat. Der Werksmeister der Pulkanwerk, Siegm, der angeblich eine Vermögensprüfung nach Berlin unternommen hatte, konnte vorläufig noch nicht gefangen werden. Inzwischen ist es gelungen, das Versteck des Diebes, in dem er seinen Raubanteil aufbewahrt, zu finden. Unter einer Dachverkleidung waren 250 000 Mark verborgen. Im ganzen sind bisher 1 1/2 Millionen Mark wieder herbeigeführt, so daß nur noch 250 000 Mark fehlen. Dierben dürfte wohl der größte Teil des Geldes verbraucht sein; außerdem hätten die Diebe nach ihrer Angabe für 200 000 Mark Gin- und Weinmarktschiffe veräußert, die sie beschlagnahmt, daß sie sich hiermit bei der Räumung verurteilt hätten. Auch sonst waren die Täter sehr vorsichtig zu Werke gegangen. So hatte einer der Diebe seinen Anteil im Innern eines Schaufensters verborgen.

Preussische Landesversammlung.

In der Dienstadtung wurde das Kirchenaustrittsgesetz weiter behandelt. Bevor die amtliche Abstimmung über das Gesetz begann, verließen beide sozialistischen Parteien den Saal. Es blieben nur 100 Abgeordnete zurück, von denen 100 mit Ja und 3 mit Nein stimmten. Das Datum war also beschlußunfähig. In der kurz darauf eröffneten neuen Sitzung wurde die Behandlung der Verordnung betreffend das dreimonatliche Entgeltungsbescheid in zweiter und dritter Lesung angenommen. Bei der anschließenden Beratung des Ergänzungsbetriebs zum Haushalt erging die bei der ersten Lesung beschlossene Beschlüsse in wesentlichen Bestimmungen der Mehrheit, weil diese noch keine Beschlüsse beschloß habe. Der sozialdemokratische Redner Kaufschöld bemerkte dazu: Selbstverständlich wird meine Fraktion dem Vorschlag zustimmen. Wenn Herr Müller hier eine solche politische Debatte beschließen möchte, so tut er das nur aus wohlwollenden Gründen. Zur politischen...

